

Memorandum

zur Überführung des ehemaligen Truppenübungsplatzes (TÜP) Lübtheen in Landeseigentum

Die mit der Reform der Bundeswehr verbundene Aufgabe der militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Lübtheen eröffnet hinsichtlich seiner zukünftigen Nutzung für die Region der Griesen Gegend vielseitige Chancen.

Bereits 1936 begann die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken A.G. Berlin mit der Errichtung einer Schießbahn zur Erbprobung von Munition in diesem Gebiet. Zur Nutzung dieser Fläche (62,37 ha) und dem dazu eingerichteten Sicherheitsbereich wurde mit dem damaligen Eigentümer (Land Mecklenburg) lediglich ein Pachtvertrag (142,5 ha) geschlossen. Es kam zu keiner Übereignung oder zum Verkauf.

Das gesamte Gelände des TÜP war somit bis 1952 Eigentum des Landes und danach Volkseigentum der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe Ludwigslust und Hagenow.

Mit der Entstehung der Nationalen Volksarmee und der Wiederaufrüstung nach dem 2. Weltkrieg wurde der TÜP Lübtheen systematisch seit 1954 aufgebaut und erweitert. Immer größere Teile der „Leussower Heide“ und des ehemaligen mecklenburgischen Forstamtes Leussow wurden durch Überführung in die Verwaltung des Ministeriums der Verteidigung und der Militärforstbetriebe der früheren forstlichen Nutzung und dem Zugang der örtlichen Bevölkerung entzogen.

Zur Arrondierung des TÜP wurden auch angrenzende und im Sicherheitsbereich liegende private Waldbesitzer zum Verkauf ihrer Flächen gezwungen. Die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung aus der „Leussower Heide“ gipfelte in der Zwangsaussiedlung des Dorfes Quast 1961. Im nachfolgenden Zeitraum bis 1989 wurden umfangreiche Randbereiche ebenfalls dem TÜP unter dem Vorwand der Sicherheit in Wirklichkeit aber aus jagdlichen Gründen angegliedert.

Erst die politische Wende und das Aufbegehren der Bevölkerung sowie des Alteigentümers Land M-V erbrachte 1997 und 2009 eine teilweise Rückgabe dieser illegal militärisch okkupierten Flächen aus der Verwaltung des Bundes.

Über 75 Jahre wurden den Einwohnern der an den TÜP angrenzenden Stadt Lübtheen sowie den Gemeinden und Ortsteilen Vielank, Alt Jabel, Benz, Volzrade, Jessenitz, Trebs, Tewswos, Hohenwoos, Laupin, Leussow, Loosen, Belsch, Ramm, Lübbendorf und Probst Jesar der Zutritt und die Nutzung dieser Waldflächen zu Erholungszwecken verwehrt.

Wir betrachten es als einen Akt der Wiedergutmachung an den Bewohnern der Griesen Gegend für die jahrzehntelange militärische Nutzung und Sperrung dieses Territoriums durch die DDR und die Bundesrepublik, dass der einheimischen Bevölkerung diese Flächen wieder zugänglich gemacht werden.

Eine zukünftige Nutzung der „Leussower Heide“ im Sinne der Allgemeinheit kann dabei nur gewährleistet werden, solange das Eigentum dieses ehemaligen militärischen Sperrgebietes komplett in öffentlicher Hand, vorzugsweise im Landeseigentum, liegt.

Trotz der noch vorhandenen militärischen Altlasten bieten diese Flächen ein hohes Nutzungspotential für Naturschutz und Tourismus.

Der Ausgleich verschiedener Nutzungsinteressen kann auch durch die Einbeziehung der TÜP-Flächen in das UNESCO Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ unterstützt werden.

Unter dem Gebiet des TÜP Lübtheen befinden sich Lagerstätten von Diatomeenkohle. Mit der Versagung der weiteren Erkundung der Lagerstätte durch die Mitteldeutsche Braunkohle AG (MIBRAG) hat sich die Landesregierung 8.12.2005 eindeutig gegen einen möglichen Abbau der Kohle ausgesprochen. Um dieses Ziel auch abzusichern, ist eine Überführung des Gebietes in Landeseigentum von großer Bedeutung.

Die unterzeichnenden Kommunal- und Bürgerinitiativvertreter fordern deshalb die Politiker des Landes M-V auf, sich für die Rückübertragung des TÜP Lübtheen vom Bundes- in Landeseigentum einzusetzen.

Lübtheen, den 16.10. 2012

**Stadt Lübtheen und die OT Trebs, Probst
Jesar, Lübbendorf, Jessenitz, Volzrade,
Benz-Briest**


Bürgermeisterin Ute Lindenau

**Gemeinde Vielank und OT Alt Jabel,
Hohenwoos, Tewswos, Laupin**


Bürgermeisterin Christel Drews

Gemeinde Leussow


Bürgermeister Steffen Gladewitz

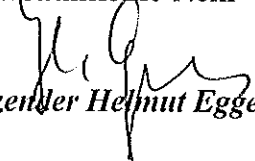
Gemeinde Alt Krenzlin OT Loosen


Bürgermeister Rainer Schmidt

Gemeinde Belsch und OT Ramm


Bürgermeister Dieter Friedrichs

Verein „Braunkohle-Nein“ e.V.


Vorsitzender Helmut Eggers